

## Zu dieser Ausgabe

Soziale Ungleichheit, politische Polarisierung, wirtschaftlicher Strukturwandel und ökologische Krisen prägen die Gegenwart und fordern die Demokratie heraus. Je krisenhafter die Zeiten erscheinen, desto stärker wird die Politische Bildung angerufen – gegenwärtig immer häufiger als Demokratiebildung.

Aber wie ist es um die Politische Bildung in Deutschland bestellt? Hält die finanzielle und institutionelle Ausstattung mit dem erweiterten Aufgabenspektrum und gesellschaftlichen Bedeutungsgewinn Schritt? *Tim Engartner*, *Hermann Josef Abs*, *Reinhold Hedtke* und *Monika Oberle* plädieren anhand eines Monitoringsystems für eine systematische Erfassung der Angebote und Ausstattungen, um eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Politischen Bildung sicherstellen zu können.

*Michael May* bezieht in einem Essay zu der Frage Stellung, ob sich Demokratiebildung über Bildungsstandards und Kompetenzen überhaupt sinnvoll steuern lässt.

In drei Beiträgen werden am Beispiel von außerschulischen Lernorten, der Podiumsdiskussion und der Szenariotechnik wichtige Methodenfragen der Politische Bildung an aktuellen Themen reflektiert. *Peer Egtved* beschäftigt sich mit methodischen Aspekten der Politischen Bildung, indem er den Umgang mit außerschulischen Lernorten kritisch beleuchtet. *Christian Fischer* liefert uns mit der "Podiumsdiskussion zum Klimawandel" die methodische Umsetzung seines Theoriestückes aus der GWP 3-2025. Und schließlich steuert *Andreas Petrik* einen weiteren praxisnahen Aufsatz bei, der mittels der Szenariotechnik eine zukünftige Regierungsbeteiligung der AfD imaginiert und mögliche Schäden für die Demokratie reflektiert.

Die AfD also besser verbieten? Das ist eine durchaus kontroverse Debatte, die uns *Fabian Virchow* an den Pros und Kontras eines Parteiverbots der AfD herausarbeitet.

Weitere Aufsätze zur sozialen Gerechtigkeit und zu staatlicher Handlungsfähigkeit komplettieren das Heft:

*Christoph Butterwege* kommt in seinem Beitrag zu dem Ergebnis, die Sozialpolitik der aktuellen Regierung sei 'total unsozial'. *Klaus Moegling* diskutiert am Beispiel der SPD, wie sich politische Programmatik unter veränderten globalpolitischen Bedingungen neu ausrichtet. *Mario Cavaliere* beleuchtet am Beispiel des bayerischen Ladenschlussgesetzes, unter welchen Bedingungen sich Landespolitik vollzieht. *Roland Sturm* und *Thorsten Winkelmann* analysieren die Rolle von Infrastrukturpolitik.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!